

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-73263](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-73263)

# Der Ammerländer

(Zweispfacher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis für Vierteljahre durch die Post bei uns Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postbestellungen nach Landesteilorten nehmen Postämter entgegen. Abbestellung für die einjährige Zeit (oder deren Bruchteil) für Luftfrachtgebühren am Freitagabend 90 Pf., für ansehnlich des Freitags nachmittags 35 Pf. Nachnahme kosten 1 Mk. Die Zeitungs-Veränderung bis 6 Uhr vormittags am jeweiligen Dienstag. — Jedes Anrecht auf Abholung geht verloren, wenn Abbestellung durch gerichtliche Mittel erzwungen werden müssen. — Abbestellungen bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 176

Westertede, Donnerstag den 31. Juli 1919

59. Jahrgang

## Geöffnete Schränke.

Die Scherfen sind geöffnet, und wie eine Springflut ergießen sich nun die Enthüllungen, die Befindlichkeiten und Anklagen über die deutsche Öffentlichkeit. Dem unheimlichen Aufwärtigen könnte angst und bange werden im Angesicht der durchdringenden Wahrheit, die hier alle Dämme zu überflutendem droht, weil er noch nicht zu übersehen vermag, ob die Vermutungen, die sie anrichten muß, nicht das größere Übel darstellen werden gegenüber der Ermittlung geschichtlicher Wahrheit, um die es den Hauptakteuren wie sie meinsten verstanden, ausschließlich zu tun ist. Aber es sind ganz elementare Kräfte, die mit der Erabergerde vom vorigen Freitag entsetzt werden sind; sie zu bändigen dürfte jetzt schwerlich noch einem Sterblichen gelingen.

Allen Gegnern des streifbaren Reichsfinanzministers voran führt sein Vorgänger, Herr Dr. Helfferich. Im Gefühl es nach Eraberger Kopf, und der Zweikampf zwischen beiden wird auch wirklich nicht eher zur Ruhe kommen, als bis einer von ihnen auf der Strecke liegen bleibt. Mit scharfen Blick erkennt er die schwache Stelle in den Enthüllungen: das Telegramm der englischen Regierung an den Vatikan, das uns bisher nicht mitgeteilt worden ist; es ist erst nach eingeholter Zustimmung des Papstes veröffentlicht worden. Helfferich stellt fest, daß wir es hier durchaus nicht etwa mit einem Schritt aus der Initiative der britischen Regierung zu tun hatten, daß vielmehr nichts weiter vorlag als die Londoner Antwort auf die bekannte Friedensnote des Papstes vom 2. August 1917; daß ferner alle Umstände da zu sprechen, daß diese Antwort für uns ebenso unbedenklich war wie die englische Erwidrerung der Vatikanischen Friedensnote vom Dezember 1918, über die in ganz Deutschland nicht die geringste Meinungsverschiedenheit auftrat. Im Grunde wollte nur der Papst der Ende des Friedens dadurch bringen, daß er die Reichsleitung zu einer Heranführung über Belgien zu bestimmen suchte. Darauf wurde auch im Kromat vom 11. September in dem Sinne Entscheidung getroffen, daß die Unabhängigkeit Belgiens gewahrt bleiben und seine Wiederherstellung angetan werden sollte, aber von diesen Entschlüssen ist der Papst oder gar unsere Freunde zu verhandeln, wurde richtig für rasam gehalten — aus den von Dr. Michaelis jetzt ganz offen bekannenen Gründen. Man wollte — und man mußte wohl auch — durch einen eigenen Vertrauensmann fest stellen, ob in England nicht ein Verständigungs-wille vorhanden war, und da die Prüfung ein negatives Ergebnis hatte, mußte die Angelegenheit für unsere Diplomatie als erledigt gelten.

Soweit Herr Dr. Helfferich. Wenn es nach ihm geht, bleibt also von dem Verbleiben gegen das deutsche Volk, dessen Eraberger die Regierung vom Sommer 1917 beabsichtigte, nicht viel oder eigentlich gar nichts übrig. Es kommt hinzu, daß er selbst, worden jetzt von anderer Seite erinnert wird, im Hauptausdruck des Reichstages am 24. September 1917 die Regierung gegenüber Angliken von unabhängiger sozialdemokratischer Seite auf das lebhafteste bedingte und rumbestehen erklärt hat, vor ihr Verhalten nicht verzeihe, dem fehle das W G der Politik. Vorverhalten — damit war gemeint, daß sie sich in ihrer Antwort auf die Friedensnote des Papstes absichtlich in unverständlichen Allgemeinheiten bewegte und einer präzisen Stellungnahme zur heftigen Frage in vollem Bewußtsein verweigerte, was sie tat, aus dem Wege ging. Wir stellen uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in den Einzelheiten, sagte damals Herr Eraberger, der doch an diesem Tage von dem Schreiben des Runtins Pacelli an den Reichskanzler schon Kenntnis hatte, in der aufweisend sogar der einzige Mann war, dem dieses vertrauliche Aktenschreiben oder ohne den Willen der deutschen Regierung zur Kenntnis gekommen war. Denn wie schon General Ludendorff, erklärt jetzt auch der Abg. Hausmann, daß weder der damalige Wert auszusprechen der Reichstagsparteien noch der Reichskanzler v. Bauer von der Regierung in dieser Sache unterrichtet worden war — nur Herr Eraberger hatte auf anderem Wege Wind bekommen und trotzdem warm für Michaelis und Kühlmann eingetreten, während er sie heute am liebsten dem Henter überliefert sehen möchte. Das sind Widersprüche, die zweifellos dringend weiterer Klärung bedürfen.

Aber auch Graf Wedel, bis vor kurzem deutscher Botschafter in Wien, läßt nicht locker. Er beharrt dabei, daß Eraberger auf Verlangen des Grafen Czernin, nicht also auf Veranlassung des Herrn v. Bethmann Hollweg, nach Wien gegangen sei, um sich dort wegen des Gebrauchs, den er dem Geheimvertricht an Kaiser Karl gemacht hatte, zu rechtfertigen. Er beruft sich jetzt zum Beweis für diese Darstellung auf einen Brief des Grafen Czernin, in dem Eraberger glattweg der schwersten Indiscretion schuldig wird. Er wäre damals in Wien ganz vermischt gemein und habe seinen tollstolzen Fehler eingestanden. Darüber beständen noch andere Dokumente, was Eraberger bedenken sollte. Graf Czernin selbst stellt in Wiener Blättern fest, daß Eraberger in Weimar kein erschöpfendes Bild der Vorgänge gegeben habe. Im April 1917 habe in der Tat begründete Hoffnung bestanden, wenn auch mit Opfern zum Frieden zu gelangen. Aber sein Geheimvertricht sei von einer nicht verantwortlichen Seite hinter dem Rücken

des Grafen an Eraberger gelangt, durch dessen weiteres Vorgehen er zur Kenntnis unserer Gegner gelangte. Die Folgen verstanden sich darauf von selbst — jetzt haben die Weltmächte, daß sie mit uns nicht mehr zu verhandeln brauchten. Graf Czernin ist auch heute noch bundesfreundlich genug, um Herrn Eraberger den guten Glauben auszusprechen, daß er annehmen dürfte, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln. Wer damit gemeint ist, ergibt seine Schlussbemerkung über die „unverantwortliche Nebenpolitik“, deren Umfang ihm, als er sie entdeckte, zum Rücktritt veranlaßt habe. Der Wiener Hof ist es also, der hier in letzter Linie als der schuldige Teil hingestellt wird.

Nur Herr v. Kühlmann hält vorläufig noch zurück; er fühlt sich noch, wie es unter dem Kaiserreich Sitte und Brauch war, durch die Amtsverschwiegenheit gebunden und markiert ab, ob er von ihr durch die zuständige Stelle erlöst werden würde. Aber auch er ist nach Berlin geeilt, wohl in dem Gefühl, daß jeder Tag hier seine Anwesenheit nötig machen könnte. So sind die Wästel im Westen — es wird um Köpfe gewickelt, die dem Staatsgerichtshof ausgeliefert werden sollen, mit denen zugleich aber auch manche Nachpostition fallen könnte, die heute noch mit dem Ausgibt geantworteter Antritten gehalten wird. Der Krieg geht weiter — der Krieg im Innern. Und es scheint, daß es auch hier nur Sieger und Besiegte geben, daß kein Verständigungsriede uns aus den tausend Angelen dieses mörderischen Bruderkampfes betreten soll.

## Von den Revolutionstagen des November.

Der Schieberlaß des Kriegsministers.

Berlin, 28. Juli.

Das preussische Kriegsministerium, dem man wegen des Schieberlaßes vom November vorigen Jahres vielfach Vorwürfe gemacht hat, veröffentlicht jetzt folgende Darstellung über die Revolutionstagen:

1. Ein allgemeines Schieberlaß ist in den Revolutionstagen November 1918 von dem damaligen Kriegsminister weder für Berlin noch für das Reich erlassen, sondern geht aus kriegsministeriellen Erläuterungen der Monate Oktober und November 1918 hervor, daß der Kriegsminister die Verwendung der Truppen bei Unterdrückung innerer Unruhen entsprechend den bestehenden Vorschriften erwartete. Wenn also bei einzelnen Generalkommandos auch vor dem 9. November Schieberlaß erlassen worden sind, so können sie nur auf Grund eigener Entscheidung der verantwortlichen Stellen oder auf falschen Telegrammen oder Ferngesprächen beruhen.

2. Das Schieberlaß für Berlin am 9. November 1918 ist vom Oberkommando in den Marken aus eigener Entscheidung erlassen worden, ohne Einwirkung des Kriegsministers und ohne dessen ausgereichte Entscheidung abzuwarten.

3. Hinsichtlich Verwendung von Flugzeugen ist es richtig, daß das Schieberlaß aus Verfügungen durch den Generalleutnant Scheuch bereits vor Ausbruch der ersten Unruhen verboten worden ist, um Verwundungen und dadurch Gefährdung Unbediensteter zu vermeiden. Dagegen hat Generalleutnant Scheuch die Verwendung von Kraftwagen mit Maschinenantrieben ausdrücklich gestattet.

Endlich erklärt das preussische Kriegsministerium noch nachstehendes: Für die Verteilung des Kriegsministeriums selbst hat der damalige Kriegsminister am 9. November gegen 10 Uhr vormittags angeordnet, daß ohne seinen ausdrücklichen Befehl von der Belagerung des Kriegsministeriums von der Schlußmaße kein Gebrauch gemacht werden solle. Generalleutnant Scheuch war der Ansicht, daß diese Anordnung auch gerechtfertigt war, da er — im Kriegsministerium selbst anwesend — von den Ereignissen, Formationen von Revolutionären, nicht liberalisiert werden konnte und somit inlande war, je nach der Lage den Befehl zum Schieberlaß zu geben oder letzteres zu verbieten. Als um 2 30 Nachmittags aus einem Abteilungen einige Schiffe auf ein verarmtes Portal des Kriegsministeriums abgegeben wurden, hat Generalleutnant Scheuch unter Berücksichtigung der ganzen Lage es für das Richtige gehalten, die Erwidrerung des Feindes zu verbieten.

## Aus Czernins Geheimvertricht.

Weitere Enthüllungen.

Berlin, 28. Juli.

Im „8 Uhr Abendblatt“ veröffentlicht der Schriftsteller Noval, dessen Schritt „Der Weg zur Katastrophe“ Aufsehen erregt hat, den Inhalt einer Unterredung mit dem ehemaligen österreichischen Außenminister Graf Czernin. Danach erklärte Czernin, daß es schon vor dem Eintritt Rumäniens in den Krieg sein Verbleiben gemeint ist, einen Frieden herbeizuführen. Er ist zu die in Bruch in das Hauptquartier nach Tschiden zu dem Generalstabeschef von Ebenborsfeld geladen. Der durchsicht mit ihm einverstanden genommen ist, aber betonte, daß das Ende der Diplomaten ist. Ein Friedensvertrag auf dem Statu quo ante bellum ist aber damals schon nicht mehr möglich gewesen, da die Entente nicht mehr gewillt hätte. Der deutsche Generalstab hat sich zu seinen Konzeptionen bereit gemeldet. Czernin, ist bereit gegangen, wie er als Minister nur eben hätte gehen können und habe sich bereit erklärt, Galizien an Polen abzutreten. Berner sollte

Wilhelm II. König von Polen

werden. Dafür hätte Deutschland aber Ersatz-Vorkriegs an Frankreich abtreten sollen. Das aber hätte Ludendorff wiederum abgelehnt. Dieser habe alles nur militärisch angesehen und noch geklärt, mit seinen Heeren nach Paris und Calais kommen zu können. Von einem Sonderfrieden für Österreich habe er abgesehen, da Ludendorff sonst unweigerlich in Österreich eingedrückt sei, wie es 1918 ja auch tatsächlich von Bayern aus geschehen ist. Endlich behauptet Czernin noch, daß auch alle seine Vermutungen, in Welt zu einem Verständigungsriede zu kommen, gescheitert seien.

## 15 Minuten zu früh!

Die Entente im letzten Augenblick zum Nachgeben bereit.

Genf, 28. Juli.

Von wohlunterrichteter englischer Seite werden Aufsehen erregende Mitteilungen über die Stimmung gemacht, die im Biererrat an dem Tage herrsche, den man Deutschland als letzte Frist für die Unterzeichnung des Friedens gestellt hatte. Danach hatte sich damals der Biererrat um 2 Uhr zu einer Sitzung vereint, um die Antwort der deutschen Regierung abzuwarten. Es herrschte die größte Spannung bei den vier Ministern darüber, wie sie ausfallen werde. Im großen und ganzen erwartete man die Ablehnung des Vertrages. Als gegen vier Uhr die Antwort immer noch nicht eingetroffen war, entsann sich eine allgemeine Diskussion über die Deutschland eventuell zu gewährenden Widerungen. In der Befürchtung, Deutschland werde nicht annehmen, entschloß sich der Biererrat, einige Widerungen einzutreten zu lassen. So sollte bestimmt auf die Auslieferung des Kaisers und wahrheitsgemäß auch auf die der mitangeklagten Offiziere verzichtet werden. Um 4 Uhr 25 Minuten wurde mit der Abfassung einer entsprechenden Depesche an die deutsche Regierung begonnen. Bevor diese Abfassung beendet war, traf um 4 Uhr 40 Minuten die offizielle Mitteilung Deutschlands von der bedingungslosen Annahme ein, durch welche die Ablehnung der eben abgeleiteten Depesche hinwürgte.

## Deutsche Nationalversammlung.

68. Sitzung.) Weimar, 28. Juli.

Die große politische Aussprache, die in voriger Woche mit den Erklärungen der Reichsregierung begann, wurde heute fortgesetzt.

Reichsminister des Innern Dr. David begründete mit einer längeren Einführungsidee die Vorlage über die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes.

Er mündet sich gegen die von der rechten Seite des Hauses erhobenen Einwände. Er teilt mit, die Regierung beabsichtige, die Dokumente in Bezug auf den Zusammenbruch und den Kriegsausbruch in nächster Zeit an die Öffentlichkeit zu bringen. Der Regierung liege einzig und allein an Wahrheit und Gerechtigkeit. Der Staatsgerichtshof bürde auch einen Schutz gegen die einseitige Funktion eines Ententegerichtshofes, bei dem deren Vertreter Ankläger und Richter zugleich ein würden.

Abg. Westphal (Dem.) rechtfertigt noch einmal das „Unnehmbar“ seiner Faktion gegenüber dem Friedensvertrag. Dem Abg. v. Giese gegenüber betont er die Sachlichkeit, die sich Dr. Michaelis mitens habe aufsuchen zu können. Solche Fehler seien von den neuen Männern nicht zu erwarten, trotz aller Mängel, die dem jetzigen System anhängen mögen. Der Redner verlangt die Vorlegung der Note Plehrich des Hauses, die Antwort des Reichstages, Dr. Michaelis sei derartig ausmeidend und nichtigend gewesen, daß der Satz darauf stehe: „Man spricht vergebens mit, um zu verlegen, der andere hört von allem nur das Nein.“

## Erweiterte Umfah- und Luzussteuer.

Die Kleinhandelssteuer.

Weimar, 28. Juli.

Der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes sieht erstens eine allgemeine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,5 auf 1 % vor. Zweitens ist eine Kleinhandelssteuer dadurch geschaffen, daß sich die Umsatzsteuer auf 5 % des Nettos erhöht, bei der im Kleinhandel erzielenden Lieferung von Gegenständen, die ihrer Beschaffenheit nach zum Gebrauch oder Verbrauch in der Hauswirtschaft bestimmt sind. Drittens wird die Luzussteuer auf 10 % erhöht für alle Gegenstände, die nach einer besonderen Liste den notwendigen Bedarf des Haushaltes überdecken. Diese Umsatzsteuer ist eine Verbrauchssteuer größten Stils, durch die in Verbindung mit den direkten Steuern vermindert werden soll, das Milliardendefizit des Reiches zu überwinden.

## Foch als Vater der Rheinrepublik.

Das Hinterland der Brückenköpfe.

Paris, 28. Juli.

In der Friedenskommission der Kammer wurden ausführliche Mitteilungen über den Bericht von Marchall Foch in der Friedenskonferenz gemacht. Aus diesem Bericht geht hervor, daß Foch der Urheber des Planes zur Schaffung einer rheinischen Republik ist, die er als Hinterland für die von ihm geplanten rheinischen Brückenköpfe

unbedingt zu brauchen erklärte. Clemenceau hat diesen Plan bis zuletzt unterstützt, sich aber schließlich dem entscheidenden Widerspruch Wilsons und Lloyd Georges beugen müssen. Der Deputierte Franklin Drouillon und mit ihm eine Mehrheit der Kommission machen der Regierung aus diesem Zurückweichen einen Vorwurf. Seit wird Clemenceau noch einmal vor der Kammer ein Vertrauensvotum verlangen müssen, und es könnte leicht sein, daß er sich dabei einer sehr gemäßigten Gegenwehr gegenüber sieht, die vielleicht eine Mehrheit gegen ihn werden könnte.

### Wiederaufnahme des Verkehrs mit Polen.

Berlin, 28. Juli.  
Die Polen befinden sich zurzeit unter außerordentlich schwerem wirtschaftlichen Druck und seinen starke Sehnsucht nach der Wiederaufnahme des Verkehrs mit Deutschland. Besonders liegt ihnen an der Wiederherstellung des Güterverkehrs. Es haben in letzter Zeit Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Behörden an verschiedenen Übergangsstellen und in der Stadt Posen stattgefunden, an denen Vertreter der militärischen Stellen und der Grenzbehörden teilgenommen haben. Der Wunsch ging dahin, den Güterverkehr möglichst sofort wieder zu eröffnen. Dies sollte für die nördlichen Strecken der Provinz Posen bereits am 26. Juli geschehen, während für die Strecken zwischen Schlesien und Polen der 28. Juli in Aussicht genommen war, falls bis zu diesen Zeitpunkten die Wiederherstellung der Leitungen erfolgt sein sollte. Da die Polen bereits bei den Wiederherstellungsarbeiten waren, erscheint die baldige Wiederaufnahme des Verkehrs jedenfalls als sehr wohl möglich. Der Personenverkehr soll dann auch bald wieder eröffnet werden. Es dürfte sich noch um die Frist von einigen Tagen nach der Wiederaufnahme des Güterverkehrs handeln. Und zwar soll diesmal der Verkehr nicht etwa nur über die Übergangsstellen Kreuz erfolgen, die nach der Belegung der Provinz Posen durch die Polen allein offen gelassen war, bis Mitte Mai jeglicher Verkehr aufhörte, sondern der Verkehr soll dann auf allen Strecken zwischen Deutschland und der Provinz Posen gleichmäßig wieder in Gang kommen. Ebenso soll der Postverkehr wieder aufgenommen werden.

### Italiens heikle Wirtschaftslage.

England und Amerika kündigen die Kredite.  
Lugano, 28. Juli.  
Der neue Ministerpräsident Nitti verbreitete sich im Senat, der ihm übrigens einmütig das Vertrauen ausdrückte, eingehend über die außerordentlich schwierige Wirtschaftslage Italiens. Danach wollen die Verbündeten nicht mehr helfen. Die englischen Kredite sind gekündigt worden, die amerikanischen verfallen und zudem unterliegt Amerika noch die Privatkredite an Italiener. Auch die Kommerzbank entsetzt, als der Transportminister erklärte, die Eisenbahnen hätten nur noch für 14 Tage Kohlen und von den Verbündeten sei nichts mehr zu erwarten. Die Entschädigung gegen die Verbündeten nahm so scharfe Formen an, daß Nitti hofft, sie nicht zu sehr zu zehren. Italien zersetzt jetzt die Fiktion seines Vertrauens an Deutschland.

### Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.  
\* Graf Wedel gegen Eraberger. Der ehemalige Reichskanzler in Wien, Graf Wedel, nimmt erneut Stellung gegen Eraberger und schreibt: Eraberger hat in Weimar behauptet, daß Graf Wedel ihm veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Reiches zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Briefe des Grafen Czernin heißt es wörtlich: Eraberger hat seinerzeit Kenntnis von meinem Reich erstanden und die schwerste Indiskretion begangen. Er kam nach Wien, von mir zitiert, um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Er war damals ganz vernünftig und sah seinen todesähnlichen Fehler ein. Es belästigt über diesen Vorgang nicht nur die Briefe Czernins, sondern auch andere bemerkenswerte Dokumente. Das sollte Eraberger bedenken. Staatssekretär Nishmann weist auf die Wahrheit hin.

\* Unmittelbare deutsch-polnische Verhandlungen. Die Entente hat den Wortlaut der Antwort auf die deutsche Note bezüglich Ausführung des Friedensabkommens an der deutschen Regierung, in der verlangt wird, daß zwischen deutschen und polnischen Vertretern in direkte Verhandlungen eingetreten wird, genehmigt. In dieser Antwort wird die Nennung der an Polen angrenzenden Gebiete festgelegt und ferner die Aufgabe der aufrichteten Kommission, welche die Ausführung der Volksabstimmung in Oberösterreich kontrollieren soll.

\* Das deutsche Privatvermögen in Belgien. Die belgische Regierung hat nach Berlin mitteilen lassen, daß in Erwartung der Aufhebung der Besatz-Anweisungen gestellt werden soll, damit die deutschen Staatsangehörigen, deren Eigentum unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, ermächtigt werden, mit ihren Zwangsverwaltern zu korrespondieren.

\* Die feindliche Besatzungsarmee im Rheingebiet soll nach den neuesten Berichten 150.000 Mann betragen. Hieron entfallen auf die Amerikaner und Engländer je 80.000 Mann, die Belgier 15.000 Mann und die Franzosen 75.000 Mann. Dieses Abkommen wurde bis zum Monat Oktober oder November gültig sein.

\* Wegen monarchistische Kundgebungen von Truppenkennern wendet sich ein Befehl des Reichswehrkommandos in Berlin, in dem es heißt: Monarchistische Kundgebungen in Belgien sind der republikanischen Stimmung im Rheinland jedes einzelnen Kundgebungen eines Truppenteils sind aber verboten, propagandistisch zu wirken und die öffentliche Ruhe zu stören. Zu erlaube die Herren Kommandeure, dahin zu wirken, daß sich die Truppe derartig propagandistischer Kundgebungen enthält.

Schwet.  
\* Zur Internationalen Sozialistenkonferenz, die vom 1. bis 15. August in Luzern tagen wird, enthielt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als ihre Vertreter den Parteivorsitzenden Otto Wels und Hermann Lohndorfer. Von der Unabhängigen Sozialdemokratie werden unter anderen die beiden Vorsitzenden, Hugo Haase und Erispian, ferner Kautsky und Star Sohn nach Luzern reisen.

### Ungarn.

\* Zu einem Ultimatum der Entente fordert diese den sofortigen Rücktritt der Regierung Bela Kuhns und die Bildung einer auf dem gesamten Volkswillen beruhenden Regierung. Wenn, so sagt die Entente, Lebensmittel und sonstige Versorgungsgegenstände geliefert werden sollen, wenn die Blockade aufgehoben, das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus unternommen und schließlich der Frieden wiederhergestellt werden soll, so kann das nur mit einer Regierung geschehen, deren Autorität sich nicht auf den Terror stützt.

### Holland.

\* Internationaler Gewerkschafts-Kongress. Die deutschen Gewerkschaftsverbände haben eine Entschädigung eingebracht, in der es heißt: Wenn zu Beginn des Krieges alles das, was jetzt bekannt ist, bekannt gemeldet wäre, wenn die Arbeiterklasse nicht von der Regierung irregeführt und betrogen worden wäre, dann wäre die Haltung der deutschen Arbeitergewerkschaften und ihrer Führer eine andere gewesen. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung gehabt hätte, das Deutschland die angrenzende Macht war, dann hätte sie zweifellos versucht, den Krieg mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

### Frankreich.

\* Das Wahlgesetz für Ersatz-Vorhänge ist im Entwurf fertiggestellt. Danach sollen die Wahlen gleichzeitig und zu gleichen Bedingungen wie im übrigen Frankreich stattfinden. Ersatz-Vorhänge sind in drei Wahlkreise eingeteilt. Die Zahl der Deputierten steht noch nicht fest dagegen werden zwei Wahlkreise je fünf Senatoren, der dritte Wahlkreis 4 Senatoren haben.

\* Prozeß Caillaux im Oktober. Die Voruntersuchung gegen Caillaux ist beendet. Der aus dem Senat gebildete Gerichtshof wird voraussichtlich nicht vor Ende Oktober zusammentreten. Caillaux werden bestimmt u. a. auf politische Verbrechen zum Vorwurf gemacht.

### Chile.

\* Verkauf deutscher Schiffe. Auf Ansuchen der chilenischen Regierung hat das Gericht den Verkauf der Verteilung deutscher Schiffe beschlossen, die bei den jüngsten Sturm auf die Küste gesunken waren. Das Gericht am Verkauf wurde von dem chilenischen Vertreter des Anwerbers eingeleitet, dem der englische Konsul mitteilte, daß das Eigentum der Schiffe in den Bedingungen des Friedensvertrages festgelegt worden sei. Seit befragt der Richter, auf Grund deutscher Unterlagen, bei Verkauf unter der Bedingung zu bewilligen, daß der Vertrag beim Gericht hinterlegt bleibe, bis der Verkauf über das Eigentumrecht über die Schiffe, deren Wert auf 100.000 Pfund Sterling geschätzt wird, gefallen sei.

### Argentinien und Australien.

Berlin. Für den in der Rubrik getretenen Brief Geh. Rat D. Reigts ist der bisherige württembergische Staatspräsident Dr. Geh. Oberkonsistorialrat D. Reigts zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats des preussischen Landes (siehe Seite 1) ernannt worden.

Berlin. Das Unwärtige Amt teilt mit, daß in aller Eile die Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betreffen, das Reichswirtschaftsministerium während in 2. Auswärtige Amt ist nur die Zentralstelle für Verhandlungen mit fremden Regierungen.

Wien. Die Truppen des Generals Kerker haben Leipzig bis auf ein kleines Stützpunktsbataillon verlassen. Ein Teil der Truppen ist verlegt worden, das in den Bedingungen angeht, unter denen es nach Aufhebung der Blockade erlaubt ist, Handel zu treiben.

Colón. Vier Dreadnoughts der Russischen Flotte haben die Schellen von Colón am Panamakanal passiert. Dies ist der erste Versuch, mit einer Flotte von Dreadnoughts durch den Kanal zu fahren.

Washington. Wilson antwortete auf eine Anfrage bei Senators Lodge schriftlich, soweit er unterrichtet sei, könne die Alliierten sich über die Aufhebung der im Artikel 887 des Friedensvertrages vorgesehenen föderalen Abzählungen der deutschen Schwandenerklärung noch nicht geäußert.

Ein Gehörtsamt für die Grafen. Karl Arnke. Die Abgeordneten sämtlicher Parteien des Reichstages forderten die Regierung auf, bei der Reichsregierung die erforderlichen Schritte zur Einbringung eines allgemeinen deutschen Tolongengesetzes für die im Krieg Gefallenen zu beantragen.

Das bedrohte Mexiko. Washington. Das Kongressmitglied Gubbs hat einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß Amerika die Anrechnung von Mexiko als Präsident von Mexiko aufgeben und Mexiko vollständig befehlen soll, bis dort eine zweifelhafte Regierung gebildet werden kann.

Verschiedene Meldungen. Stuttgart. Die Demokratische Partei Württembergs wählt Konrad Naumann zu ihrem Vorsitzenden. Wetzlar. Nach einer hier bekannt gewordenen Äußerung des Reichswehrministers wird die Verlegung der Generalstab in allen Ländern erzwungen. Washington. In den Vereinigten Staaten sind zwei Dampfer mit je 54.000 Kisten im Bau, die für 8000 Tonnen eingerichtet werden und eine Tagesleistung von 720 Kisten erreichen sollen.

### Wels und Volkswirtschaft.

\* Maßnahmen gegen den Tabakschwindel. Nach einer Bekanntmachung der Tabakfabrik ist es verboten fertige Tabakerzeugnisse ihrem eigentlichen Zweck durch Veränderung zu entziehen, insbesondere wird die Umarbeitung von Zigarren oder anderen Tabakfabrikaten zu Skontabak verboten. Die Strafe, auf welche erkannt werden kann, ist Geldstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder Gefängnis oder Geldstrafe allein. Bei vorläufiger Zwangsverwaltung kann auch auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, ohne Unterschied, ob die Vorräte dem Täter gehören oder nicht. Außerdem kann Schließung des Betriebes verfügt werden.

\* Der Berliner Metallarbeiterstreik. Vor dem Schlichtungsausschuss begannen Montag nachmittag die Beratungen zur Verlegung der Differenzen bei den Siemens-Schuckert-Werken. Vertreter des Reichsarbeitsamtes nehmen an den Verhandlungen teil. Sowohl auf der Seite der Arbeitgeber als auf der der Arbeitnehmer ist das Bestreben vorhanden, den Konflikt, der zur Entlassung von 11.000 und zum Streik von über 20.000 Metallarbeitern führte, aus der Welt zu schaffen. Auch die Verhandlungen mehren der Schaffung eines neuen

Lohns für alle Metallarbeiterkategorien sollen heute noch wieder aufgenommen werden.

\* Das Hamburger Gewerkschaftshaus durch hohe Löhne gefährdet. An der Verarmung der Delegationen und Vorständen des Gewerkschaftsvereins von Hamburg, Altona und Umgebung teilte der Vorsitzende mit, daß die Lage des Gewerkschaftshauses kritisch sei, da mit der letzten Mittel das Haus nicht wieder aufrechterhalten werden könne. Die kritische Lage sei durch die Forderungen der Gewerkschaften gefährdet. Durch den neuen Tarifvertrag entstehen dem Gewerkschaftshaus über 300.000 Mark Mehrausgaben. In der Ansprache wurde fast von sämtlichen Rednern das Vorgehen der Gewerkschaften einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Das monatliche Einkommen der Kellner im Betrage von 600 Mark sei für einen Arbeiterbetrieb viel zu hoch. Die Kellner müßten ihre Forderungen, namentlich betreffs der Prozente im Umsatz, ermäßigen.

\* Abbruch des schlesischen Elektrizitätsstreiks. Die Arbeiter haben Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband abgelehnt. Auf Vorhalt des Reichsvereins des Reichskommissars werden von jedem Werk drei Arbeiter als Vertreter der Arbeiterklasse auf dem Arbeitsministerium nach Berlin begeben und ihn bitten, in dieser Frage zu entscheiden. Der Vorhalt wurde angenommen. Ein Vertreter des Reichskommissars reiste Montag früh mit sechs Arbeitern nach Berlin ab. Der Streik wurde vorläufig abgebrochen. Das elektrische Licht brennt seit Sonntag mittag wieder.

### Nach und Fern.

\* Keine ungenügenden Reichsbanknoten. Welsch in betreffend das Gerücht verbreitet, daß von den 50 Marknoten der Reichsbank mit dem Datum 20. November 1918 oder 30. November 1918 bestimmte Serien und Nummern für ungenügend erklärt worden seien. Es sind sogar Wertpapiere gedruckt und verteilt worden, auf denen eine Reihe von Serien, die angeblich außer Kurs gesetzt sein sollen, angegeben ist. Wie man von zufälliger Seite hört, sind diese Gerüchte falsch, die Wertpapiere also hinsichtlich. Bisler ist überhaut noch keine Reichsbanknoten für ungenügend erklärt worden, noch weniger aber bestimmte Reihen und Nummern. Dagegen besteht die Absicht, sämtliche Reichsbanknoten zu 50 Mark von 20. 10. 18 aufzurufen und einzuziehen. Eine Veröffentlichung steht bevor. Alle anderen Reichsbanknoten, also auch die zu 50 Mark der Ausgabe von 30. 11. 18, sowie die Reichsstaatsbanknoten und Darlehensbanknoten bleiben nach wie vor gültige Zahlungsmittel, deren Annahme nicht verweigert werden darf.

\* 111 rotgestempelte Tausendmarkscheine beschlagnahmt. Zwei Berliner Schieber namens von Schumann und Bauer trugen sich mit dem Plane, einem Hausbesitzer aus Wlana namens Richter, der 111 Tausendmarkscheine mit dem roten Stempel gegen einen hohen Aufschlag verkaufen wollte, an. Während ein angeblicher Käufer mit dem Hausbesitzer absprechen sollte, sollte ein fiktionaler Kriminalbeamter das Geld beschlagnahmen. Auf der Suche nach einem Kriminalbeamten kamen sie jedoch an die falsche Adresse, nämlich an einen richtigen Kriminalbeamten. Als noch alle in dem Hotelzimmer verarmt waren, erschien ein zweiter Kriminalbeamter und verhaftete die ganze Gesellschaft. Es stellte sich heraus, daß Richter nicht so harmlos ist, wie er sich ausgab, sondern nämlich Geldbesitzer dieser Art war. Er hatte für jeden Tausendmarkschein ein Aufgeld von 350 Mark verlangt. Bauer entfloß während der Vernehmung.

\* Wadenfensens Haus als Parfümeriefabrik. Die Villa Wadenfens in Langfur ist in den Besitz der Parfümeriefabrik W. Seewer u. Co., Altengrundstadt in Berlin, Wien und Warschau, übergegangen, die das Haus zur Parfümeriefabrik einrichten läßt. Der Umbau hat bereits begonnen.

\* Vernehmung bei Arbeitsförderung. Um die Arbeitskraft und Arbeitsleistung der Arbeiter zu fördern, hat die Gemeinde Steglitz folgendes Verfahren eingeschlagen: Arbeitzeit werden in Steglitz als Postkassabehelfer verschiedenen Regenerleistungen ausgeführt. Für diese Arbeiten ist ein namhafter Betrag ausgemessen worden. Sollte durch diese Arbeit die ausgemessene Summe — es handelt sich um mehrere hunderttausend Mark — nicht aufgebracht werden, so fällt der Rest mit 60% an die Arbeiter zur Verteilung, mit 25% an die Gemeinde und mit 15% an den Unternehmer zurück. Es handelt sich hier um den Versuch einer Mitbestimmung der Arbeiter an Gemeindefragen.

\* Der direkte Funkverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wird in diesen Tagen eröffnet. Auf funktentelegraphischem Wege sind bereits der deutsche Großfunkstelle Nauen und der amerikanischen Funkstelle Belmar Verbindungen über die Funkentelegramm-Gesellschaften getroffen worden. Es sind für den amerikanischen Kontinent acht Zonen festgelegt worden. Die Telegrammgebühr beträgt für die erste amerikanische Zone (Sinal Point) pro Wort 3,80 Mark, für Brieftelegramme ein Siebelteil des Wortes, das heißt 55 Pfennig. In der achten Zone fallen das Wort 7,30 Mark.

\* Der Volkswirtschaftler Max verhaftet. Der Reichsminister des Inneren verordnete der Deutschen Volkswirtschaftler Max im Montag nach einer Vernehmung in Berlin erneut verhaftet worden. Die Verhaftung hängt mit dem Vorwurf zusammen, er habe Karl Emonts bei einer Flucht begünstigt.

\* Weiblicher Bürgermeister. Zum Bürgermeister der Gemeinde Steinberg bei Kallmorbheim wurde Frau Schmitt Schindler einstimmig gewählt. Steinberg ist der Ort im weimarischen Lande, der sich als Gemeindeverhauert eine weibliche Periode erlaubt hat.

\* Wildweib im Rheinlande. Eine dreißigköpfige mit Hundstangen bewaffnete Räuberbande brachte auf der Strecke Essen-Köln einen Güterzug zum Stehen und raubte ihn vollständig aus. Vier Räuber wurden später nach heftigem Kampf dingest gemacht, die übrigen sind entkommen.

\* Gefangenentransport im Flugzeug. In Amerika hat man eine neue Verwendung für das Flugzeug gefunden. Man benutzt es neuerdings als Transportmittel für Gefangene. Der erste Gefangene, der auf diese Weise transportiert wurde, ist ein amerikanischer Soldat, der wegen Fahnenflucht verurteilt war.

# Aus der Heimat — für die Heimat.

Westersee, den 30. Juli 1919.

\* Wetterausichten für Donnerstag den 31. Juli: Wenig Wärmeänderung, vorwiegend wolkig, Niederschläge.

\* In der vergangenen Nacht ist dem Kolonisten A. Adernann-Hansen aus seiner Weide ein wertvolles hellbraunes Pferd abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

\* Ausnahmeweise früh und sehr häufig treten in diesem Jahre in allen 4 Gemeinden des hiesigen Amtsbezirks unter den Schweinen die Kollausche und die Baastleinblattern auf. Das einzige Mittel hiergegen ist die rechtzeitige Schutzimpfung. Daher veräume niemand, die Tiere, bevor sie erkrant sind, impfen zu lassen.

\* Preise für Rüben und Seebiet. Verehentlich hat der Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette die Preise für Rüben und Seebiet für die Ernte 1920 mit 112,50 bzw. 80 Mark veröffentlicht. Gemäß Reichsgesetzblatt Nr. 135 beträgt der Preis für Rüben 110.— Mark und für Seebiet 70.— Mark für 50 Kilogramm.

\* Die Verantwortung des Direktoriums vom 21. Juni 1919 betr. die Ausbringung von Vieh erhält folgende Fassung: Bei unerlaubter Ausfuhr oder Schächtung von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen hat der Betroffene die doppelte Stückzahl von Tieren an den Vorstand des Viehverwertungsverbandes zum Schlachtviehpreise ohne Anrechnung auf das Lieferungsloß zu liefern.

\* Wie in den letzten Jahren, so wird auch in diesem Jahre wieder lebhaft über die Spagengröße gelaht. Im Frühjahr wird von diesen gefährdeten Spitzhaken das Saatgut aus der Erde geholt; jeht ist es die reife Saat, die ihnen zum Opfer fällt. Bei den jetzigen hohen Preisen ist der angedeutete Schaden außerordentlich groß. Hinzu kommen Mäuse und Kästen für Mäusevergiftungen, die ebenfalls erheblich sind.

\* Der Reichsstaatsmännliche für Kolonialwaren in Hamburg küherte sich einem Zeitungsvorkreter gegenüber, daß das Pfund gerösteten Kaffees im Kleinhandel künftig auf etwa 8—9 Mk. zu stehen kommen werde. Im Laufe des August werde man wahrscheinlich überall in Deutschland Tee zu angemessenen Preisen kaufen können, der sich auf etwa 10 bis 13 Mark das Pfund, je nach der Güte belaufen werde. Im August würden wieder Kakaos und Schokolade zu haben sein und von deutscher Fabrik abgeleitet werden. Die Preise für Schokolade dürften sich auf 10 bis 15 Mk. das Pfund stellen. Kakaopulver auf 7,50 bis 10 Mk.

\* Die Dienstbezeichnung der nachbenannten Beamten ist wie folgt geändert worden: Obersteuerinspektor in Oberzolllinspektor, Steuerinspektor in Zollinspektor, Obersteuerkontrollleur, Revisionsoberkontrollleur und Obergrenzkontrollleur in Oberzolllinspektor, Steuerinspektor in Zollinspektor, Hauptsteuerassistent, Steuerassistent in Zollamtsassistent, Grenz- und Steuerassistent in Zollamtsassistent. — Das Hauptsteueramt Oldenburg führt künftig die Amtsbezeichnung Hauptzolllinspektor, die Steuerämter Jever, Lohne, Delmenhorst, Cloppenburg, Wildeshausen, Vöninggen und Westersee haben die Amtsbezeichnung Zollamt 1. Klasse erhalten. Die Nebenämter 1. und 2. Klasse heißen fortan Zollämter 1. und 2. Klasse.

\* Die Landesfeststelle setzte vom 1. August ab folgende Herbst- und Winterpreise fest:  
1. für molkereimäßig bearbeitete Vollmilch als Station der liefernden Molkerei 54 Pfennig für ein Liter, für vom Kuhhalter unmittelbar an amtliche Verkaufsstellen abgelieferte Vollmilch frei Verkaufsstelle 46 Pf. für ein Liter,  
2. für Magermilch und Buttermilch als Station der liefernden Molkerei 24 Pf. für ein Liter,  
3. für die den Milchlieferanten für ihren eigenen Wirtschaftsbedarf von den Molkereien zurückgelieferte Magermilch und Buttermilch 16 Pf. für ein Liter,  
4. für Molkereibutter ein Grundpreis von 5 Mark und ein Verbrauchspreis von 5,40 Mark für 1 Pfund,  
5. für Landbutter ein Grundpreis von 4 Mk. für 1 Pfd., für Rübdruck (Labquart) ein Erzeugerpreis von 1,10 Mark für 1 Pfund, ab Bahnstation der liefernden Molkerei,  
für Hartkäse ein Großhandelspreis von 1,40 Mark und ein Verbraucherpreis von 1,60 Mk. für 1 Pfd.,  
7. für Speisequart ein Erzeugerpreis von 0,66 Mark und ein Verbraucherpreis von 0,86 Mk. für 1 Pfd.,  
8. für Molleneiweiß ein Erzeugerpreis von 1 Mark für 1 Pfund ab Bahnstation der liefernden Molkerei.  
Wie kürzlich, schreibt die „Zufriedener Ztg.“, diese ungewöhnlich große Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte in einem Augenblick, wo alles auf den Preisabbau hofft, wird böses Blut sehen, zumal von dem Leiter der Landesfeststelle selbst unangelt festgestellt wurde, daß wir hier in Oldenburg schon jetzt die weit-

aus höchsten Preise für Milch und Butter haben. In Mitteldeutschland kostet z. B. die Butter 3,50 Mark das Pfund und die Milch 33 Pf. pro Liter. Sedenfalls wird mit erschreckender Deutlichkeit klar, daß wir uns auf einem Wege befinden, der nie und nimmer zur Geländung der Verhältnisse führt.

\*) Augustfeiern. Der lange anhaltende Regen hat bereits sehr nachteilig auf das Gedeihen der Gartenfrüchte eingewirkt, umso mehr, als auch die Witterung in letzter Zeit recht kühl ist. Besonders die Bohnen haben außerordentlich gelitten, findet man doch Beete, die fast mit Sämling überzogene Pflanzen aufweisen. Die Kartoffeln kommen ebenfalls bei diesem Wetter im Wachstum nicht weiter. Der Roggen hat sich zum großen Teil gelegt. Hauptsächlich tritt bald wärmeres, trockenes Wetter ein.

\*) Ut Offreeland. Die Wissenschaft steht niemals still, beweiset alles, was sie will. Nu was ik sinns, eenmal de Woortje toe schrieven over de Groete. De Swartroef, de allidde unner de Gerde heruunwoelt, de süstföf dann, wenn man hum up 'n Barg brengt, dat he eenmal de Sinne sehn fall, s'ik gliets meer inbuddelt, wordt neet geern sehn. Vör eenige Jahren twaumen de Hollanders na de Volters, um de Deeren toe fangen, war de Buren nich tegen hirn. De Wijnheers söien darbi düchtig Geld verdeent hebben, denn de Pelz stunn hoch in Pries. Wat is neet als oder dit Deer schreeven! In de Waden slecht stüütig: „Schonert den Natuur!“ Nu kummt aber de Wetenkap, ov völmehr een Handlanger van den Bau un seeger: „Künners, it sünd annichel, de Groete is en Foot; Künners, it sünd tweede, up un unner de Gerde gijft. Planten freet he neet, dat stumt, man an Engerlinge drecht he süd of de Käsen neet ut, he vercht Regenwürms, de sünd up sware Grund so nödig as wat. As ik dit leien heb, sä ik, nu lat de Hand d'r erst on, dar fall wall mehr oder tomen, nu hebben de Gelechten ja Tied, annerswat gijft 't sünds ja neet toe bedenken. De Meinung s'ient of Völkerohm toe weien. He harr 'n Schippadung Tör na de Stadt brocht un was na vullbrachten Dagamer in 'n Kreeg gahn, um s'ik 'n Glas Beererlag traktieren toe laten, wat hum neet fur fallt, he brukt blot eck Tör verpfelen toen billigen Pries. Na goed, he gript na 'n Markt un, dar he s'ik ut Pokkist so minn kümmert as sien Bestmann, wat sien Dochter is, so nimmt he de letzte Siet vör. Dar lest he: „Gien Wanze mehr för veer Mark. Dat 's de Aukuds. He weg, an Vord un do gung dat Spillwart lös, alle Nigen hebben he un dat Wicht, de s'ik 'n Wistler verdeden s'ik, utkrabbt un en geot Pöllenöste vull k'n anner kregen. Damit is he den amern Dag na den Drogisten gahn un wull hum dat Stück för 2 Mark, wenn 't neet anners gung, för 1,50 Mark overlaten. Man do is sien Mann anstamen! Nu spiet hum, dat he de moie Tied darbi toebrocht het, de Wangen toe fangen. Se dreihen de Woorden, as je willen, seggt Völkerohm, un dat segg ik of van de Wetenkap. 't is as bi de Toornbau in Babel, de een röppt Ruff, de anner Steen, 't iall d'r noch wall, up herunkomen, dat d'r seggt word, de Groete dellt mehr Scha as Mägen, un dat is dann dat Signal: Lichter aus, Messer raus, haut ihn! In Wirklichkeit fall 't aber wall so welen: eck wult de Ruffe spölen, de de Natur hum oerweisen het.

\*) Eisenbahnkatastrophen. Auf der Strecke Gerdenen—Friedland ereignete sich ein Schienenkatastrophen, in welchem sich Vertreter der Eisenbahnbeamten und der Arbeiterkraft bekamen, die von einer Dienstreise durch das Abstimmungsgebiet der Provinz zurückkehrten. Nebenbei hatten in einer Gleisströmung Steine auf die Schienen gehäuft. Der Vertreter der Arbeiterkraft, Soismann, wurde gefoltert, während die übrigen Anionen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davonkamen. — Auf dem Bahnübergang zwischen Müß und Ferdinandsstein überfuhr eine Lokomotive ein Fuhrwerk. Der Wagen wurde zertrümmert und die Pferde getötet. Von den Passagen des Wagens wurden zwei getötet, zwei schwer und einer leichter verletzt.

## Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsraats vom 22. bis 28. Juli 1919.

Alle Betrachtungen der ausländischen Fachpresse über die Weizenversorgung der Welt stimmen darin überein, daß trotz der Mähernte in Indien und trotz des Ausscheidens Australiens und Rumänien aus der Reihe der Getreideexportländer mit einer überreichlichen Deckung des europäischen Einfuhrbedarfs zu rechnen ist. Nach einer Berechnung des englischen Fachblattes Corn Trade News ist der in England, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Holland, Belgien, der Schweiz, Skandinavien, Deutschland und in den Ländern der früheren Donaumonarchie erforderliche Zusatz an fremden Weizen auf etwa 18<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Tonnen zu veranschlagen, ein Quantum, das die Vereinigten Staaten und Kanada allein zu bestreiten in der Lage sein dürften. Da außerdem noch

die Vorräte Argentiniens und Australiens zur Verfügung stehen, so erscheint eine reichliche Versorgung des Weltmarktes in jedem Falle gesichert. Nichtsdestoweniger wäre es verfehlt, aus dieser rein statistischen Betrachtung die Hoffnung auf eine stärkere Preisentlastung herzuleiten. Amerika beherrscht die Situation, und wenn von Argentinien in nächster Zeit auch größere Zufuhren zu erwarten sind, so bleibt der Weltmarkt in der Hauptsache doch auf nordamerikanischen Weizen angewiesen. Von großer Bedeutung für die weitere Gestaltung der Marktlage ist aber auch die Frage, ob es möglich sein wird, den erforderlichen Schiffsraum für den Abtransport so gewaltiger Mengen zu beschaffen. Vorläufig ist von einer Vermehrung des Frachtabgebotes noch wenig zu hören und es deutet auch sonst nichts auf eine baldige Ermäßigung der überaus hohen Frachtraten hin. — In Deutschland haben sich die Ernteaussichten in den letzten Wochen soweit gebessert, daß bei Aufrechterhaltung der Verbrauchsregelung kaum größere Weizen ausföhrungen des Auslandes erforderlich sein dürften. Die Importeure werden ihr Hauptaugenmerk vielmehr auf die Beschaffung von Futtermitteln zu richten haben. Es wird sich dabei zunächst um argentinischen Mais handeln, der in schwinmender und abuladender Ware mit ca. 1500 bis 1600 Mark je Tonne frei deutlichen Hafen angeboten wird. Auch Delfischen sind nur zu außerordentlich hohen Preisen zu beschaffen. Für Hafer, der im Schleichhandel bekanntlich mit 2000 bis 2500 Mk. je Tonne bezahlt wird, sollen vereinzelt schon Angebote neuer Ernte zu 1000 Mk. und darunter gemacht worden sein, doch sind Abschüsse wohl kaum zustande gekommen, da vor dem 16. August gestätigte Lieferungsverträge nicht revidierbar sind. —

## Letzte Drahtnachrichten.

—w Berlin, 30. Juli. Wie amtlich mitgeteilt wird, soll vom 1. August d. J. ab eine Aufbesserung der Zettelration bis auf den Normalfuß von 100 Gramm der Bevölkerung wöchentllich in den Erzeugungsgeländen je nach der M6glichkeit von der Erzeugung von Milch und Butter eintreten. Außerdem wird auf den Kopf der Bevölkerung ausföhrlich der Selbstverf6rger eine Speisefleismenge von 50 Gramm vorwiegend in Margarine w6chentllich ausgegeben, die an Stelle der bisher nur den Bezugsberechtigten gew6hrten Sonderzuteilung tritt.

Da der Reichsausschuß für Oele und Fette mit Rücksicht auf die geünante Valuta die Rohstoffe so teuer einkaufen muß, daß Abgabe an die Margarinefabriken nicht mehr zu den bisherigen Preisen erfolgen kann, wird vom 1. August ab auch eine Steigerung des Margarinepreises unerm6glich sein. Das Pfund Margarine wird den Verbrauchern etwa 3,32 bis 3,53 Mark kosten.

—w Berlin. Aus Weimar wird vom 29. Juli gemeldet: In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Vertrauensvotum für die Regierung mit großer Mehrheit angenommen. Die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum ergab dessen Ablehnung mit 243 gegen 53 Stimmen.

—w Bern, 29. Juli. „Republicaine de Lyon“ meldet aus Paris, daß die Unterhandlungen mit Holland über die Auslieferung begonnen hätten. Man beachtliche, das Verfahren nicht in London, sondern an einem schwer zugänglichen Ort stattfinden zu lassen. Man spricht von Capa Flow.

—w Genf, 29. Juli. Eine Havasdepesche besagt, daß der französische Kriegszug einen allgemeinen Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen auf die Wochen nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch das französische Parlament festgesetzt hat. Die Ratifikation wird bis zum 15. August erfolgt sein.

—w Wien, 29. Juli. Infolge der Niederlage der Roten Armee ist die Stellung der ungarischen Regierung sehr erschw6rkt. Heute erschien ein ungarischer Volkskommissar bei den Wiener Ententevertretungen und machte den Vorschlag, man möge Verhandlungen einleiten, die einen friedlichen Rückzug der R6terregierung und die Einsetzung eines neuen Regimes in Ungarn zum Zweck hätten. Dieser Vorschlag wurde vom Oberst Cunningham nach Paris weitergeleitet.

—w London, 29. Juli. Evening Standard meldet, man habe im Gegenatz zu der bisherigen Auffassung gefunden, daß der größte Teil der verlinkten deutschen Flotte gehoben werden könne und zwar noch vor Beginn des nächsten Jahres.

—w Amsterdam, 30. Juli. Wie der Telegraf aus London meldet, erklärte Churchill in der gestrigen Sitzung des Unterhauses, daß schon über 3 Millionen englische Offiziere und Mannschaften demobilisiert seien. Die englische Armee werde bald ausföhrlich wieder aus Freiwilligen bestehen. Es melden sich w6chentllich 4—5000 Freiwillige, wodurch die Abschaffung der Dienstpflicht begründet werde.

Für die Redaktion verantwortlich Karl Eilers in Westersee. Druck und Verlag von Gerhard Rieck in Westersee.

## Amthche Bekanntmachungen.

Am Freitag den 1. August:

# Schweine- und Schafmarkt.

Westersee, den 29. Juli 1919.  
Der Gemeindevorstand L a n j e.

## Sunges Mädchen

sucht Stellung zur Eternung des Haushalts Näheres bei Schumacher mit. R6den, Dohlt.

## Belegenstehauf!

2 Gitarren, 3 Mandolinen, neu, billig, auch einzeln zu verkaufen. Karl Dieck, Oldenburg, Weststr. 39/11.

## Zu verkaufen eine junge Kuh.

J. Ehmén, Ihansen.

## Binde- und Grobpressengarne

hat noch preiswert abzugeben. Johannes Dedemmann, Hamburg 11, Telefon alter 1506.

## Neuerwohnung

mit 2 Sch., 8 Gartenland an einzelne Frau zu vermieten. B. G. zu Jeddoloh, Howiek

## Zu verkaufen

1 sehr gut erhaltenes Sofa und 1 Tisch. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

## Geld

in jeder Höhe monatl. Rückzahl vernehmen sofort. H. Blume & Co., Hamburg 5.

## Serrenfahrrad

Zu kaufen gesucht ein gut erhaltenes ohne Verletzung. Fr. Gertjejanßen, Schmiebenstr.

## Diseriere weine Schmirerleite,

sehr gute Ware, schäumend, milde, nicht ähend. Pfd. Mt. 2.80. In Emern ca 20 Pfd. p. Pfd. Mt 2.50

## Serrenfahrrad

Garantierte für blendend weisse Wäsche. H. Ellinghausen, Oldenburg, Blumenstraße 45.

Im Auftrage habe ich eine in Horst günstig am Wege belegene Fläche

# Hochmoor

groß 4 1/2 ha, welches zu 1/2 kultiviert ist und zum größten Teil vorzüglichem schwarzen Torf enthält, zu verkaufen. — Kaufgeneigte bitte sich baldigst zu melden

Westerstede. G. Koch, Aukt.

Auf dem Ammerland habe ich

## 46 Hektar geschlossen belegene Ländereien

mit einem fast neuen Wohnhause und Scheune zu verkaufen.

Die Ländereien sind teilweise mit Kiefern bestanden und größtenteils recht guter Qualität; nach Erweiterung der Gebäude eignen sich die Ländereien sehr gut zur Selbstbewirtschaftung, bieten auch eine gute Stallanlage. Ernstlichen Kaufgeneigten erlaube ich gerne jede gewünschte Auskunft.

Westerstede. G. Koch, Auktionator.

### Immobilien-Verkauf.

Ap. n. Hochmalerger Ten in zum Verkauf der dem Landwirt Joh. Rennenga in Godesholf geborenen, 3 St. von Klafing benutzten

### Immobilien-Verkauf.

festen nd aus dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude, mit etwa 3 Scheffel Saat Gartenländereien.

ist angelegt auf

Freitag den 8. Aug., nachmittags 4 Uhr, in Meins Gasthause in Godesholf.

Da in der großen Dorfchaft Godesholf kein Schmied vorhanden ist, würde die Befestigung namentlich einem Schmied zum Ankauf zu empfehlen sein.

Nach Beendigung dieses Verkaufs will mein Auftraggeber noch

### 2 Tagew. Gras

(2. Schnitt), belegen bei Scheidung, verkaufen lassen.

Liebhaber wollen das Gras vorher besehen.

Janssen, Auktionator.

### Verpachtung einer Landstelle.

Ap. n. Der Landwirt Gerh. Gerdes in Tange will eine dalebit belegene, von Gerdes Erben angekaufte

### Landstelle

mit dem darauf befindlichen Wohn- u. Wirtschaftsgebäude nebst 16 Scheffel Ländereien öffentlich meistbietend auf 4 Jahre durch mich verpachten lassen, und zwar mit Antritt der Ländereien zum Herbst d. Js. und des Gebäudes am 1. Mai 1920.

Termin zur Verpachtung ist angelegt auf

Sonntag, 9. Aug., nachmittags 4 1/2 Uhr, in Schmetmanns Wirtshause in Tange.

Buchliebhaber laden ein

Janssen, Aukt.

Wer ist aus meiner Wende in Thauen ein Pferd, mittelgroß, hellbraun dunkle Reine, langer Schwanz, dicke Wähne abhanden gekommen. Wer mir über den Verbleib des Pferdes Auskunft geben kann, erhält eine gute Belohnung.

A. Adermann, Thauen.

# // Delsaatenanbau //

In einer früheren Anzeige sind für Rüben und Heberich nicht die richtigen Preise für die Ernte 1920 angegeben. Die Preise betragen für:

Rüben Ernte 1920 Mk. 110.— für Heberich " 1920 " 70.— } 50 kg

Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Dese und Fette.

## Oldenburger Stutbuch, Bezirk 30, --- Gemeinde Westerstede.

Die noch rückständigen Füllenscheine bzw. Gültmeldungen sind gegen den 5. August einzulenden. Säumige werden gebücht.

Der Obmann. Sieffen, S. Gagn.

Westerstede. Im Auftrage suche ich auf dem Ammerlande eine

## größere Landstelle

guter Besch., mindestens 50 Hektar, zu kaufen. Angebote erbitte sofort.

G. Ahmels, Remmingsdelfer. Fernsprecher 45

### Verkauf einer Wiese.

(Letzter Anlauf)

Nochmaliger Termin zum Verkauf des dem Landwirt Johann Meyer in Meyershof gehörenden zu Holtgast belegenen.

## Wiese

genannt „Branne“ ist angelegt auf

Sonntag den 2. August, nachm. 4 Uhr, in Dänetas Gasthause in Holtgast.

In diesem Termine wird bei annehmbarem Gebot der Zuschlag erteilt werden.

Ap. n. Janssen, Aukt.

### Landw. Bezugsgenossensch. Ammerland e. G. m. b. H. Zwischenahn.

Die Aussichten in Belieferung von Ringofenkalk werden von Tag zu Tag unsicherer und wir sehen uns genötigt, sämtliche Aufträge in Ringofenkalk abzuändern in Mergelkalk.

Falls wir bis zum 5. August keine gegenseitige Antwort erhalten, nehmen wir an, daß diejenigen Verbraucher, welche Düngelkalk bei uns bestellt haben, mit Lieferung von Mergelkalk einverstanden sind.

Der Vorstand.

### Landw. Bezugsgenossensch. Ammerland e. G. m. b. H. Zwischenahn.

Die Aussichten in Belieferung von Ringofenkalk werden von Tag zu Tag unsicherer und wir sehen uns genötigt, sämtliche Aufträge in Ringofenkalk abzuändern in Mergelkalk.

Falls wir bis zum 5. August keine gegenseitige Antwort erhalten, nehmen wir an, daß diejenigen Verbraucher, welche Düngelkalk bei uns bestellt haben, mit Lieferung von Mergelkalk einverstanden sind.

Der Vorstand.

### Landw. Bezugsgenossensch. Ammerland e. G. m. b. H. Zwischenahn.

Die Aussichten in Belieferung von Ringofenkalk werden von Tag zu Tag unsicherer und wir sehen uns genötigt, sämtliche Aufträge in Ringofenkalk abzuändern in Mergelkalk.

Falls wir bis zum 5. August keine gegenseitige Antwort erhalten, nehmen wir an, daß diejenigen Verbraucher, welche Düngelkalk bei uns bestellt haben, mit Lieferung von Mergelkalk einverstanden sind.

Der Vorstand.

# Delsaatenanbau.

Die Preise für die Ernte 1920 sind erhöht auf:

Raps	Mk. 115.—	Rüben	110.50	für 100 kg
Mohn	125.—	Dotter	90.—	
Veinfaat	10.—	Senf	90.—	
Haar	80.—	Heberich	70.—	

Stickstofflieferung für den Herbstanbau. Für jeden ha möglichst 80 kg, soweit die Bestände reichen. Delfuchentrücklieferung. 40 kg auf abgelieferte 100 kg Saat; Erhöhung auf 50 kg wird angefordert.

Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Dese und Fette (Ernte-Abteilung) Berlin NW. 7, Unter den Linden 68 a.

Wenn bis zum Sonntag morgen der mit jetzt bekannte junge Mann das absichtlich vertauschte Rad nicht wieder bringt, nehme ich keine Rücksicht mehr und bringe die Sache zur Anzeige.

Joh. Schwengels (Delens Bahnhofshotel).

Heute abend:

## Geräuch, Mahrelen u. Gheffliche. Karl Hotes.

Prima feinstündigen

## Karbid

und helles Maschinenöl empfiehlt D. Sieffen, Edewecht

Frühgerührerte

## Gheffliche

empfiehlt Th. Ahlrichs

## Halsbek.

Frühgebr. Kaffee, Bid. 16 Mk., sowie frischen Tafel-Senf empfiehlt W. Grünjes.

## Pa. Zündhölzer

tragen ein. Heinr. Deeken.

Empfehle prima feines

## Salz,

auch teilweise abzugeben Joh. Bruns, Eintrwege.

## Einmach- Gläser

zum Ueberbinden, Salzpapier, Salizil, gewöhnl. Essig, Weissessig empfiehlt preiswert

## Heinr. Deeken.

Rasierseife ist wieder eingetroffen. Heinrich Drieling.

## Elektrizitäts-Gen. Manfie-Lindern.

Am Sonntag d. 2. Aug., abends 7 Uhr:

## General-Versammlung

im Gasthof Manfingen. Tagesordnung: Mitteilung über die Vermögenslage, Dedung des Feuertbeitrages zu den Baukosten und Verteilung der Rückungen v. Hausanschüssen.

Der Vorstand.

## Aspen.

Gasthof zur Traube Sonntag den 3. August

## Ball

wozu frendl. einladet M. C. Dirks.

## Landw. Bezugsgenossensch. Westerloy, G. m. b. H. zu Westerloy.

## General-Versammlung

am Sonntag den 2. August 1919, abends 8 Uhr, in Duhrs Gasthof zu Westerloy.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Rechnungsablage,
2. Genehmigung der Bilanz u. Entlastung des Vorstandes,
3. Gewinnverteilung,
4. Vorstandswahl,
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Jahresrechnung und Bilanz liegen bis zur Versammlung im Hause des Geschäftsführers den Genossen zur Einsicht aus.

Der Vorstand. Noblfs. Warnjen. Duhr.

## Gaalschießverein Zentrum Helle.

Am Sonntag den 3. August:

## Grosses Sommerfest, 1. großer Verbandstag,

verbunden mit Breistschießen.

Anfang des Schießens: Vereinsstiche 9 - 12 Uhr morg., Verbandsstiche (Königsstiche) 2.30 - 4.30 Uhr nachm., Hauptstichen 2.30 - 5.30 Uhr nachm. Karten zum Hauptstichen a 1 Mk.

## Sehfolge:

Nachm. 2 Uhr Empfang der ausw. Vereine. anschließende Festrede. Beginn d. Schießens. Während des Schießens Konzert. Kinderbefestigungen 2 bis 4 Uhr. Kinderball 4 bis 6 Uhr. Um 6 Uhr Proklamation des Königs. Für reichliche Unterhaltung wird gesorgt.

## Grosser Ball

im Festzelt und im Saale des Vereinswirts. Karussell und dergl. vorhanden. Für Unterbringung v. Fahrtraden wird gesorgt. Um regen Zuspruch bittet der Verein.

## Berein beschädigter Kriegsteilnehmer Edewecht.

Am Sonntag den 3. August, nachmittags 3 Uhr, in Mügge's Gasthof

## Vortrag

des Herrn Referenten Südfeldt vom Reichsverband über: „Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und die neue Zeit“.

Um zahlreichen Besuch von Seiten der Mitglieder, auch besonders der Krieger-Witwen und Kriegsbeschädigten, die dem Verein noch nicht beigetreten sind wird dringend gebeten.

Nach dem Vortrag hält der Verein eine Versammlung ab.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder,
2. Wahl von 2 Vertretern und deren Ersatzmänner in die Fürorgestelle,
3. Wahl von 2 Vertretern zur demnächstigen Begrüßung unserer kriegsgefangenen Kameraden.
4. Verschickenes

Der Vorstand.

Die Verlobung meiner Tochter Helene mit Herrn Wilhelm Mann beehre ich mich hiermit anzuzeigen.

Gerhard Budden. Zwischenahn, 28. Juli 1919.

Meine Verlobung mit Fräulein Helene Budden beehre ich mich bekannt zu geben.

Wilhelm Mann. Laucha, Thüringen, 28. Juli 1919.

# Der Ammerländer

(Festsprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Das diesjährige Heft der Post hat ins Haus besogen 2,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postämter und Schreibstempel nehmen Bestellungen entgegen. Einzelbestellungen für die einzelnen Hefen (ohne deren Namen) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pf., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pf., Restlos zu 1 Mk. Die Bestellungen müssen bis 6 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; für Aufträge aus dem Ausland bis 12 Uhr mittags am Tag vorher eintreffen. Die Abnahme vorerst angegebener Hefen ist ohne Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Nachdruck geht verloren, wenn Abnehmer-Gebühren durch gerichtliche Mittel nicht eingehoben werden können. — Verantwortlich für den Inhalt der Aufsätze sind die Verfasser selbst, eine Gewähr für den vorliegenden Inhalt wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 177

Westerfebe, Freitag den 1. August 1919

59. Jahrgang

## Der Enthüllungen zweiter Teil.

Erzberger's Vorlesungen haben den Ministerpräsidenten nicht schlafen lassen. Auch Herr Bauer ist unter die Enthüllungen gegangen. Diesmal galt's einen Schlag gegen Hindenburg und Ludendorff — man sieht: niemand wird mehr verschont im neuen Deutschland. Und das wäre gut so, wenn nur immer und überall mit dem Willen zur Wahrheit sich das nötige Quantum Vorurteilslosigkeit und Gerechtigkeitserfülle verbinde, das wir brauchen, wenn nicht hundert Parteilichkeit, gebärgte Rechtshaber um jeden Preis die Oberhand gewinnen soll. Kommt es erst soweit mit uns, dann können wir jede Hoffnung auf bessere Zustände für immer fahren lassen.

Was ist nun durch den vierseitigen Michaelis-Sündenbündnis der Ministerpräsident in der Montag-Sitzung der Nationalversammlung zur Verlesung brachte, erweisen worden? Nicht mehr und nicht weniger, als daß die Oberste Seeresleitung auch nach dem Kronrat vom 11. September gewisse Eiderheiten militärischer Natur gegenüber Belgien für erforderlich hielt, um dessen von der Reichsleitung gewünscht wirtschaftlichen Anstich auf Deutschland wirklich zu gewährleisten. Wir brauchen jetzt nur noch dem Rhein hindurchzusehen, um zu erkennen, mit welchen der Zeit und dem Na-me nach ungeheurer weit gegangenen Garantien Frankreich sich umgab, nachdem es ihm gelungen ist, aus dem Sattel zu steigen. Im Sommer 1917 aber waren wir die Überlegenen, und wenn wir auch Kunde hatten, den Frieden zu suchen, so war doch damals der ganze Reichstag sich einig in der Ansicht, daß wir uns auf ihn auch im schlimmsten Falle nur einzulassen könnten, wenn unsere Grenzen unverletzt, unser Kolonialbesitz unangefastet bliebe und wenn allerlei von Kontributionen Abstand genommen würde. Doch der Staatschef Hindenburg und Ludendorff gegen diese kühnen Grundforderungen verhielt, soll erst noch beizulegen werden; und selbst soweit das etwa der Fall gewesen ist, handelte es sich bei ihren Äußerungen nur um ein militärisches Gutachten, nicht um eine politische Willensäußerung, um eine pflichtgemäße Wahrnehmung der ihnen anvertrauten militärischen Interessen des Vaterlandes, während es der allein verantwortlichen politischen Reichsleitung unbenommen, sich, mit diesen Gutachten so zu verfahren, wie es Pflicht und Gewissen ihr mit Rücksicht auf die Gesamtlage des Reiches vorschrieben. Bismarck hat sich oft genug mit kriegsden Generalen in grimmige Kämpfe verwickelt, weil er nicht immer so wollte, wie sie es sich in den Kopf gesetzt hatten. Hindenburg und Ludendorff haben niemals den Anspruch erhoben, daß ihr Wille das oberste Gesetz sein müßte; aber wenn sie um ihre Meinung gekämpft hätten, wären sie natürlich gezwungen, Überzeugungsarbeit zu leisten, und der Reichstagler war es, der dann die verantwortliche Entscheidung zu treffen hatte. Diesen Sachverhalt sollte niemand verdrängen, dem es wirklich um die Ermittlung der Wahrheit zu tun ist; auch nicht, wenn er dafür auf wohlfeile Angriffe auf innerpolitische Gegner verzichten muß.

Der 1. ist aber, auf den es bei diesen Enthüllungen hauptsächlich ankommt, ist die Frage, ob wir, wenn die damalige Reichsleitung eine vorbehaltliche Erklärung über Belgien abgegeben hätte, damit wirklich der Wendigkeit des Krieges näher gekommen wären. Die heutigen Regierungsparteien stellen sich so, als bestände daran nicht der geringste Zweifel. In Wahrheit hat die Orientierung niemals daran gedacht, sich so billigen Kanies davonkommen zu lassen. Ihre Kriegsziele hatte sie schon im Januar 1917 gegenüber dem Präsidenten Wilson ganz unmissverständlich enthüllt, und der Friedensvertrag von Versailles, den sie trotz der 14 Punkte ihres amerikanischen Bundesgenossen durchzusetzen verstanden, sollte selbst den gutgläubigsten Nachbarn ihrer Verdingungsfähigkeit für allemal darüber belehren, auf was sie es mit uns in Wirklichkeit abgeben hatte, von wem abgeben hatten. Zum Überflus hat erst noch Herr Ribot, der französische Außenminister vom Sommer 1917, ausdrücklich zugegeben, daß es uns von Frieden keine Rede sein konnte, weil Deutschland nicht bereit war, auf Elb-Los-Vorbringen zu verzichten. Gehörten zu diesem Deutschland nicht auch die Regierungsparteien von damals und von heute? Und warum also diese hundertfache Ansicht immer neuen Fokales, immer neuer Selbstverleumdung, wenn sie doch ausbleiben müssen, in diesem durchaus entscheidenden Punkte mit demjenigen völlig eines Sinnes gemeldet zu sein, die sie heute durchaus auf die Vernehmlichmachung des Staatsarchivs bringen möchten?

Welche Enthüllungen bringen uns nicht weiter, sofern es uns wirklich um Wahrheit und Wahrheit zu tun ist? Nur wenn die Verleumdungsdialektik über alles geht, kann sich mit diesen Kampfmitteln einverstanden erklären.  
Dr. S.

## Vertrauensvotum für die Regierung.

Mit großer Mehrheit angenommen.  
(60. Sitzung.) CB Wetmar, 29. Juli.  
Es war bei Beginn der Sitzung schon als sicher anzunehmen, daß die Mehrheit sich hinter die Regierung stellen werde. Zu Anfang der heutigen Verhandlungen hielt ein Reihe kleiner Anfragen auf der Tagesordnung. Es handelte sich dabei um Maßnahmen im belagerten Gebiet, über Sorau

für die ausgewiesenen Elb-Los-Vorbringen, über die Vorfälle mit französischen Soldaten in Berlin. Die Regierung stellt verschiedene gemündete Schritte in Aussicht und gibt bekannt, daß die Erhebungen über die Berliner Vorfälle noch schwebend sind.

### Die große politische Ausprägung.

wird dann fortgesetzt. Abg. Dente (L. Sos.) behauptet, die Rechte wolle mit ihrem Vortritt gegen Erzberger gleichsam frühzeitig Abregulation treiben. Hieron würden die Unabhängigkeit des Reiches im größtmöglichen Maße gefährdet. Er erklärte der Reiner, daß seine Fraktion Erzberger nur noch eine Befreiung gegenüberstehe. Er bilde aber dem Minister mildere Umstände aus, weil er sich zu seinen Kritikern bekannt habe.

Abg. Nieker (Deutsche Vp.) ist der Meinung, daß das deutsche Volk die Wahrheit wissen müsse, ob wir an der Verhängung des Reiches Schuld tragen. Er beantragte dann von den von der deutschen Volkspartei eingehenden Antrag nach dem der Staatsgerichtshof einberufen werden soll, dem nicht parlamentarischen, sondern unparteilichen Richter und Juristen angehören sollen. Hieran trat er sehr stark den getriggen Ausführungen des Reichsministers David entgegen. Die Reiner Erzbergers allein dürfte keinesfalls veröffentlicht werden. Wollte man zur Veröffentlichung schreiten, so müsse das ganze Material dem Volke übergeben werden. Nieker verliest Protokolle, nach denen Erzberger sich noch am 28. September 1917 billigend über die Datung des Kabinetts Michaels ausgesprochen und dessen Willkür in der Friedensfrage als vollkommen klar und übereinstimmend mit der Reichsleitung bezeichnet und ihrer Friedensrevolution bezeichnet habe. Im Juli 1917 habe Erzberger ein Kriegsgesetzprogramm entworfen, in dem die

Erweiterung des Seereschiffes von Völsing und Reich verlangt wurde. Nieker schloß mit der Erklärung, daß die Deutsche Volkspartei den Vertrauensantrag ablehnen und den Vertrauensantrag der Deutschen Volkspartei annehmen werde. Der preussische Kriegsminister Reichard verteidigte den früheren Generalgouverneur von Polen, General von Feseler, den der Vorredner wegen seiner Flucht aus Warschau im November 1918 angegriffen hat.

Reichsfinanzminister Erzberger vertritt, daß durch die Bekanntgabe der Denkschrift des Grafen Czernin an die Vertrauensleute der Nationalversammlung in Frankfurt der Feind von dieser Denkschrift nicht Kenntnis erhalten habe. In der Öffentlichkeit sei die Denkschrift von der Reichsleitung veröffentlicht worden. Der Redner gibt an, daß er am 23. September 1917 im Saalbau des Reichstages für die Politik der Regierung Michaels eingetreten ist. Er habe seine Rede gehalten, nachdem der Reichstag erklärt habe, nun solle sich nicht herumtrotzen, wenn in der Antwort auf die Protokolle kein Rufus über Belgien enthalten ist, weil den Alliierten auf anderem Wege eine bestimmte Erklärung über Belgien übermittelt werden würde. Das die

neuen Enthüllungen Niekers über sein Eintreten für Völsing-Vrieg im Juni 1917 anlangend, so erklärte Erzberger, daß es möglich sei, daß er damals mit einem Vertreter der Obersten Seeresleitung verhandelt habe. Wahrscheinlich habe der Vertreter der Obersten Seeresleitung die Anwesenheit von Völsing und Vrieg verlangt, während er für vorläufige Verhandlungen eingetreten sei. (Abg. Nieker.) Es sei ein öffentliches Geheimnis, daß die Oberste Seeresleitung mit Frankreich in Verbindung habe treten wollen, um gegen Lieferung von Koks die Lieferung von Minette aus Völsing und Vrieg für die deutsche Industrie zu ermöglichen. (Abg. S.) Insbesondere habe der Staatsminister Tagom häufig verdrückt, wegen dieser Frage mit Frankreich in Verbindung zu kommen.

Das Haus nahm dann bei der Abstimmung das Vertrauensvotum für die Regierung mit großer Mehrheit an. Die numerische Abstimmung ergab das von den Deutschen Nationalen eingebrachte Vertrauensvotum ergab dessen Ablehnung mit 243 gegen 53 Stimmen.

Wie gemeldet, hatte der Vorkaufsvertrag der Nationalversammlung beschlossen, in dem Tagom ein solches Verlangen eine Karte vom 1. bis 5. August einleitet zu lassen. Das vertrat von anderer Seite, daß es folge der noch dauernden Debatte über die Regierungserklärungen die Veranstaltung der Vertrauensinterpellation hinausgeschoben wird, so daß die Karte ausfallen muß. Sollte infolge der Beratungen der Vertrauensinterpellation eine Unterbrechung der Tagungen nötig sein, so wird sie weiterhin erfolgen.

## Was England wirklich schrieb.

CB Wetmar, 29. Juli.  
Wäre die Erregung, die annehmlich die der deutschen Nationalversammlung als Verhandlung, die den Frieden zu erhalten durchdringt, einer Steigerung noch möglich, so hätte sie der weitere Verlauf der heutigen Sitzung gebracht. Nach den Ausführungen Dr. Davids über den Staatsgerichtshof und der Rede des Demolators Gorbien ging der Reichsminister des Inneren Müller auf alle Umgebungen und Antworten aus dem Hause ein und erklärte u. a., daß Handel treibenlassen werden würde, sobald die militärische Situation erklärt würde, daß er mit ihrer Genehmigung nicht wieder nach Deutschland zurückkehren werde. Der Minister geht dann zur Schuldfrage über und teilt zunächst mit, daß das Schreiben des päpstlichen Nuntius nicht schon am 30. August, sondern erst am 5. September 1917 in Berlin eingetroffen sei. Der damalige Reichsminister Michaels habe es am 24. September beantwortet. Als Antwort war dem Schreiben des Nuntius die Erklärung der englischen Regierung beigelegt, die das Friedensangebot enthalten haben soll. Das von Müller verlesene Schreiben trägt kein Datum und lautet in der Übersetzung:

Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbindungen über die Note Seiner Heiligkeit zu betragen, und sind nicht in der Lage, uns über eine Verantwortung der Vororgane Seiner Heiligkeit betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach

besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens (und in diesem Punkte haben die Zentralmächte anerkannt, im Unrecht zu sein), ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen, die sie es haben erdulden lassen. Unser Einverständnis zweifellos die Erklärungen genehmigt sein, die von den Alliierten in Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Österreich, noch von Deutschland ist jemals eine solche Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Übereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im Klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen.

Reichsminister Michaels habe den Vorkaufsvertrag, sagt Müller, die Note Seiner Heiligkeit nicht mitgeteilt, obwohl ihnen die Abgabe einer präzisen Erklärung über Belgien vorgeschrieben worden war. Am Schluß seiner Rede, die bei den Abgeordneten lebhaften Zustimmung fand, bricht der Minister über die schwierige Lage der Einwohner in den belagerten Gebieten und erwähnt dann den Fall Manheim, indem er erklärt, daß die Regierung die von Hoch für die in Berlin erfolgte Lösung des französischen Seereschiffes geforderte Ruhe von zwei Millionen in Gold nicht als berechtigt anerkennen würde.

Dem deutschen Nationalen Abgeordneten Schulz-Bromberg, der starke Angriffe gegen Erzberger und die heutige Regierung tat und die beantragte Vorkaufsinterpellation auf dem Lande als notwendig gegen überhandnehmende Dummheit und Unbesonnenheit erklärt, folgt Ministerpräsident Bauer mit neuen Enthüllungen. Er sagt unter anderem: Am 2. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22. September 1917, also von nun an, wird es keine mehr deutsche Kaiser nicht so ganz unangenehm, eine Kaiserin der Monarchie ist für alle Zeit ausgeschlossen. (Stille Beweise: Abwarten.) Gegenüber den in den Zeitungen veröffentlichten Erklärungen des hiesigen Reichsministers Michaels ist es des Generals Ludendorff gibt der Ministerpräsident mit Niederdrücken aus seinen Tagen bekannt. — Die eine vom 22.